Lebenshaus Schwäbische Alb
Gemeinschaft für soziale Gerechtigkeit, Frieden & Ökologie e.V.
Rundbrief #111
28. Jahrgang | Dezember 2021

Liebe Freundinnen und Freunde,

gerade ist die Weltklimakonferenz COP 26 in Glasgow zu Ende gegangen. Die Bewertungen gehen weit auseinander. Die Tagesschau sagt: „Das war nicht die schlechteste Klimakonferenz“. Umweltministerin Svenja Schulze bezeichnet dieselbe Konferenz „historisch“ und FDP-Chef Lindner gibt sich „vorsichtig optimistisch“. Für die BILD-Zeitung handelt es sich gar um einen „Sensationserfolg“. Luisa Neubauer von Fridays for Future äußert: „Diese Abschlusserklärung ist ein Betrug“ und Greta Thunberg nennt das Ergebnis von Glasgow „Bla-Bla-Bla“. Hans-Josef Fell, früherer Bundestagsabgeordneter der Grünen und heutiger Präsident von *Energy Watch Group*, zeigt sich tief enttäuscht: „Die Abschlusserklärung der COP 26 zeigt auf, wie es alle UN-Klimakonferenzen vorher auch schon taten: Die Regierungen der Welt führen die Menschheit nur weiter in eine sich weiter aufheizende Erdtemperatur, mit dem klaren und immer mehr sichtbaren Ende der menschlichen Zivilisation.“

Fell verneint dann allerdings die Frage, ob wir uns als Weltgemeinschaft nun wegen des 26ten Versagens der Weltklimakonferenz ohne Hoffnung auf den Weg in das Ende der menschlichen Zivilisation machen müssten. „Wenn Regierungen versagen, können Menschen und Unternehmen selbst handeln“, meint er. „Da die Erneuerbaren Energien als Kern des Klimaschutzes heute die billigste Art der Energieerzeugung sind, kann die Dynamik zu einer globalen Versorgung mit 100% erneuerbaren Energien und anderen Klimaschutzmaßnahmen bis 2030 schnell Fahrt aufnehmen.“ Es liege an uns allen persönlich, unseren Beitrag zum Klimaschutz zu leisten, auf kommunaler Ebene zu drängen und uns in Klimaschutzvereinen und Genossenschaften zu organisieren. „Jede Person und jedes Unternehmen, welche komplett aus Erdöl, Erdgas und Kohle aussteigen, helfen mit, dass dieser Weg beschleunigt sich fortsetzt und so doch noch ein Klimaschutz kommen wird, auch wenn die 27te und 30te COP wieder ein Betrug werden.“

Auch der Journalist und Buchautor Franz Alt zeigt sich vorsichtig optimistisch. „Eine Konferenz kann die größte Krise der Menschheit niemals lösen“, sagt er. „Entscheidend ist, ob der rasche Umstieg auf 100 Prozent erneuerbare Energie tatsächlich bald gelingt: Beim Strom bis 2030, bei Wärme und im Verkehr bis 2035. Das ist machbar. Es ist die Gnadenfrist, die uns die Klimawissenschaft noch gibt.“

Fortwährendes Wirtschaftswachstum?

Hier stellt sich allerdings die Frage, ob diese Hoffnung nicht eine Illusion ist, weil sie auf ein wirtschaftliches und gesellschaftliches „Weiter so“ setzt und das Wachstum der Wirtschaft mithilfe erneuerbarer Energien und stetiger Innovation fortsetzen möchte. Steht das Potenzial erneuerbarer Energien wirklich unerschöpflich zur Verfügung, oder ist es doch grundsätzlich beschränkt? Denn die Umwandlung von Sonnen-, Wind- oder Biomassenenergie erfordert eine industrielle Ausrüstung, die in Herstellung und Verwendung nicht erneuerbare Ressourcen verbraucht. Ist es nicht so, dass wir es neben der knapper werdenden Energie aus fossilen Quellen auch mit einer Verknappung von Rohstoffen zu tun haben, die für den Ausbau der technischen Voraussetzungen und der nöti-



Am 16. Oktober fand in Gammertingen die 9. Lebenshaus-Tagung „We shall overcome!“ statt. Zu unserer großen Freude nahmen daran 55 Menschen teil. In diesem Rundbrief berichten wir ausführlich darüber.

Aus dem Inhalt

- **Nachrichten**
- **Unsere Menschlichkeit darf nicht abhandenkommen**
- **Lebenshaus-Tagung „We shall overcome!“ 2021**

Weitere Infos auch unter
www.lebenshaus-alb.de

gen Infrastruktur für erneuerbare Energien erforderlich sind? Müssen wir also nicht ganz grundsätzlich den Kurs mit fortwährendem Wirtschaftswachstum in Frage stellen?

Darauf weist zum Beispiel der Soziologe und Publizist Harald Welzer hin. Er fordert in seinem neuesten Buch „Nachruf auf mich selbst“ (bei S. Fischer) eine „neue Kultur des Aufhörens“. Er liefert zu dieser - bezüglich der gesamten Menschheitsgeschichte - „relativ neuen“, auf anhaltendes Wachstum setzende kapitalistische Wirtschaft und Kultur bemerkenswerte wie erschreckende Fakten: Die Masse der von Menschen produzierten Güter habe sich seit 1900 etwa alle 20 Jahre verdoppelt - mit entsprechendem Ressourcenverbrauch und der Erzeugung von Abfällen. Dies bedeutet eine gut 60-fache Steigerung! Diese Produkte hätten damals noch 3 Prozent der Biomasse, also der lebendigen Natur ausgemacht. Doch im vergangenen Jahr nun habe „die tote Masse – also Häuser, Asphalt, Maschinen, Autos, Plastik, Computer usw. – die Biomasse erstmals übertroffen“.

Unser Kulturmodell blende „die Frage, wo die Ressourcen dazu herkommen, systematisch aus“, so Welzer. Doch: „Irgendeinmal geht das einfach nicht mehr weiter.“ Denn: „Eine Kultur, die wie unsere ihre eigenen Voraussetzungen konsumiert, muss ein Irrtum sein.“ Ein Irrtum, der dazu führe, dass die Menschheit auf „ihrem“ Planeten inzwischen jedes Jahr schon von August an von dessen endlichen Vorräten lebe – und mit ihrer Wachstumswirtschaft ihre eigenen Grundlagen immer schneller zerstöre und aufesse.



Überlebensproblem wegen ungebremstem Weltverbrauch

Die Klimaerwärmung sei nur eine der vielen fatalen Folgen dieser grundlegend falschen Wirtschaftsweise, sagt Welzer. Diejenigen, die sie verteidigen, seien „Standardökonomen, die wie Priester dem Gott Wachstum huldigen“. Diese Menschen könnten nämlich mit der Tatsache der Endlichkeit nicht umgehen. Aber die Klimaveränderung sei ein Endlichkeitsproblem. „Wenn wir eine bestimmte ziemlich enge Spanne einer überlebenstauglichen Temperatur verlassen, dann kommt die menschliche Lebensform an ihr Ende“, sagt Welzer. „Artensterben ist ein Endlichkeitsproblem: Wir haben jetzt schon rund 70 Prozent der Insektenarten verloren, aber wenn wir bei 100 Prozent ankommen, ist Schluss mit den Nahrungsketten, den Bestäubungen und so weiter.“ Solche bedrohlichen Endlichkeitsphänomene würden von den Wachstums-Verteidigern ausgeblendet oder gar geleugnet.

„Wir haben kein Konzept von Endlichkeit, wir lernen nicht aufzuhören, sondern wir optimieren“, kritisiert Welzer. Das plakativste Beispiel für das Optimieren sei die Ersetzung von fossilen Automotoren durch Elektromotoren: Wir hätten offensichtlich ein Klima- und ein Verkehrsproblem, aber anstatt zu überlegen, welche Art der Fortbewegung wir eigentlich praktizieren wollten, machten wir mit denselben Autos weiter und optimieren nur den Antrieb. Doch der ungebremst zunehmende Weltverbrauch sei der wahre Grund, „dass wir im 21. Jahrhundert ein Überlebensproblem haben“.

Welzer tippt zwar kurz die Systemfrage an, indem er nahelegt, dass ein Kapitalismus, der „so ist“, überwunden werden müsste, um der Klimakatastrophe mit der erforderlichen Radikalität zu begegnen. Doch letztlich unterlässt er es, diesen Schluss selber ausdrücklich zu ziehen. Natürlich hat er recht, dass Veränderung an den bestehenden Verhältnissen ansetzen und nicht nur mit erklärten Zielen, sondern immer auch mit Handlungen beginnen muss. „Das geht nicht idealistisch per Bewusstseinsbildung, sondern nur durch eine sich verändernde Praxis selbst“, so Welzer. Aber die visionäre Idee, die es braucht, um dem praktischen Handeln immer wieder die Richtung zu weisen, kommt bei Welzer dann doch deutlich zu kurz.

„Eine andere Welt ist möglich - aber welche, und wie erreichen wir sie?“

Seit Juni trifft sich monatlich eine Projektgruppe des *Lebenshauses*, um dieser Frage nachzugehen (s. hierzu Artikel von Julia Kramer im letzten Rundbrief). Dabei nehmen wir verschiedene Ansätze unter die Lupe und tauschen uns darüber aus, die eine notwendige Systemveränderung aufzeigen. Bisher haben wir uns mit „Green New Deal“, „Ökosozialismus“ und „Buen Vivir“ beschäftigt. Weitere stehen bereits auf unserem Plan, als nächstes „Gemeinwohlökonomie“. Absicht unseres Projekts ist es, außer unserer eigenen Weiterbildung dort hin zu kommen, dass wir einen systematischen Überblick der Ansätze dann auch veröffentlichen können. Vor allem wollen wir ja gerne Antworten darauf finden, was das Motto „Eine andere Welt ist möglich“ konkret für unser Handeln als einzelne Personen, aber auch für unseren Verein heißen kann.

Bisher überzeugt mich persönlich der Ansatz des Theologen und Ökosozialisten Bruno Kern am meisten, den er ausführlich in seinem Buch: „Das Märchen vom grünen Wachstum“ beschreibt (siehe hierzu Buchbesprechung in: Rundbrief 109, Juni 2021). Kern zeigt schonungslos auf, warum alle Versuche zum Scheitern verurteilt sind, die trotz Klimakatastrophe das gewohnte Wohlstandsmodell aufrechterhalten wollen. „Grünes Wachstum“, das uns einreden wolle, es gäbe eine „Entkoppelung“ von Wirtschaftswachstum und Ressourcen- bzw. Energieverbrauch, bezeichnet er als Märchen, dem er entschieden entgegentritt. Seiner Meinung nach ist die

industrielle Abrüstung dringend geboten, um den Ressourcenverbrauch zu verringern. Deshalb stellt er nicht nur den Kapitalismus mit seinem eingeschriebenen Wachstumszwang infrage, sondern die Industriegesellschaft selbst! Schließlich stünden angesichts von immer knapper werdenden Ressourcen und der umfassenden Krise, in der das Klima und die gesamte Biosphäre aus dem Gleichgewicht gerate, die Industrieländer vor der Herausforderung, „ihren Verbrauch an fossilen Energien und nicht erneuerbarer Ressourcen in möglichst kurzer Zeit drastisch (das heißt um mindestens 90 Prozent) zu reduzieren."

Interessierte möchte ich auf Bruno Kerns Buch „Das Märchen vom grünen Wachstum" verweisen und auf die ebenfalls empfehlenswerte, von ihm verantwortete Internetseite der „Initiative Ökosozialismus" unter: http://oekosozialismus.net.

„Liebe ist Teil der menschlichen DNA" (Boff)

Natürlich stellt sich die Frage, durch wen oder was diese erforderlichen tiefgreifenden Veränderungen in Gang gesetzt werden sollen. Es ist meine tiefe Überzeugung, dass es hierbei auf soziale Bewegungen, auf „die Zivilgesellschaft", entscheidend ankommt. In meinem Einleitungsartikel im letzten Rundbrief habe ich deshalb geschrieben: „Über den Weg von Parteien und Parlamenten werden wir in erster Linie dann entscheidende Schritte zur Lösung globaler Herausforderungen gehen können, wenn in der Zivilgesellschaft genügend Veränderungswillen sichtbar wird und entsprechender Druck auf Parteien und Regierungen ausgeht." Seit über 45 Jahren engagiere ich mich in zivilgesellschaftlichen Organisationen und sozialen Bewegungen. Dabei habe ich viele Höhen und Tiefen, Erfolge und Niederlagen erlebt. Und mein Optimismus blieb stets erhalten, dass sich daraus auch eine Kraft entfalten kann, die ganz grundlegende Transformationen in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft zustande bringen könnte. Dieser Optimismus ist bei mir mit Blick in unsere Gesellschaft seit Beginn der „Corona-Maßnahmen" allerdings erheblich erschüttert worden.

Zum einen, weil „Corona" und die tägliche Berichterstattung darüber, fast alles andere in den Hintergrund rückt - abgesehen vielleicht noch vom Umweltthema. Aber soziale Fragen, Aufrüstung und Kriegsvorbereitungen, Umgang mit Geflüchteten, Preissteigerungen, überhöhte Mieten und Wohnungsnot, etc. sind allenfalls noch Randthemen. Zum anderen erleben wir eine neue Spaltung der Gesellschaft, verbunden mit einer Welle von Beschimpfung, Verachtung und Diskriminierung Andersdenkender, Ausgrenzung eines beträchtlichen Teils der Bevölkerung, Feindseligkeit und auch Hass. Kann sich aus diesem Klima heraus noch eine gemeinsam getragene solidarische Kraft der Veränderung entwickeln? Angesichts dessen, was ich seit knapp zwei Jahren wahrnehme, bin ich in großer Sorge um unsere demokratische Gesellschaft. Und andererseits zeigt der Fall der Mauer, dass die Geschichte immer wieder Überraschungen bereit hält…

„Liebe ist Teil der menschlichen DNA" - so lautet die Überschrift eines Kommentars des brasilianischen Philosophen, Ökologen und Schriftstellers Leonardo Boff. Darin schreibt er, Forscher, die das Geheimnis des menschlichen Lebens erforschen, hätten herausgefunden, „dass Liebe, Zusammenarbeit, Solidarität und Mitgefühl in unsere DNA eingeschrieben sind, und zwar von Natur aus und nicht einfach durch ein persönliches oder soziales Projekt." Entsprechend gelte: „Diejenigen, die Hass leben und pflegen, sind Feinde ihrer selbst und des Lebens selbst." Deshalb würden sie nichts Wirksameres hervorbringen „als Unglück, Ausgrenzung, Verbrechen und Tod."

Ein Lichtblick in dieser finsteren Zeit ist für mich die große Solidarität, die wir mit dem *Lebenshaus* erfahren. Die große Unterstützung - das tut gut und macht Mut! Herzlichen Dank dafür!

Ich wünsche Ihnen und Euch eine friedvolle Weihnachtszeit, ein gesundes neues Jahr 2022 und guten Lebensmut!

Euer / Ihr



Michael Schmid

Bitte um weitere Unterstützung

Wir möchten unsere Arbeit 2022 so engagiert wie bisher fortsetzen können, auch wenn wir durch die „Corona-Maßnahmen" zusätzlich vor besondere Herausforderungen gestellt sind. Trotzdem blicken wir mit Zuversicht in ein aktives neues Jahr.

Für unser von Politik, Parteien und Wirtschaft unabhängiges Engagement sind wir auf Ihre und Eure Unterstützung und Solidarität angewiesen. Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit, Aktionen und Veranstaltungen wie z.B. unsere jährlichen Tagungen im Herbst, die Unterstützung von Menschen in schwierigen Lebenssituationen, die Personalkosten für eine 30-Prozent-Teilzeitstelle und zwei Minijobs sowie möglichst Abbau von Verbindlichkeiten für das Gebäude erfordern erhebliche Finanzmittel.

Wir freuen uns über jede Unterstützung, gerne mit einer Einzelspende oder gar einer regelmäßigen Spende oder einer Fördermitgliedschaft.

Herzlich bedanken wollen wir uns bei allen, die unsere Arbeit unterstützen!

Nachrichten aus dem Lebenshaus

Ökumenische FriedensDekade



„Reichweite Frieden“ lautete das Motto der diesjährigen *Ökumenischen FriedensDekade* vom 7. – 17. November, während der sich Kirchengemeinden, Initiativen und Aktionsgruppen dem Friedensthema widmeten. In bundesweit tausenden Veranstaltungen gab es Impulse, Anregungen und Forderungen, wie ein Beitrag zu mehr weltweitem Frieden, sozialer Gerechtigkeit und zur Bewahrung der Schöpfung geleistet werden kann.

Wie seit seinem Bestehen 1993 jedes Jahr hat sich *Lebenshaus Schwäbische Alb e.V.* auch an der *FriedensDekade* beteiligt. Bereits zum achten Mal haben wir als *Lebenshaus*-Team gemeinsam mit den katholischen und evangelischen Kirchengemeinden Gammertingen einen Ökumenischen Bittgottesdienst für den Frieden vorbereitet und am 14. November in der Katholischen Kirche in Gammertingen gestaltet.

Ebenfalls waren wir als *Lebenshaus*-Team an einem Friedensgebet am Buß- und Bettag in der Evangelischen Kirche in Gammertingen gemeinsam mit Pfarrer Ulrich Deissinger und den Konfirmant:innen beteiligt. Das Thema hierfür lautete: „Reichweite Frieden - die Gefahr der Atomwaffen“. Zur inhaltlichen Vorbereitung waren zuvor Michael Schmid und Katrin Warnatzsch im Konfirmandenunterricht zu Gast und haben dort über Atomwaffen berichtet, die auch regional bei uns stationiert waren, angefangen von Hiroshima bis zur heutigen Situation.

Seit 41 Jahren gibt es die Ökumenische FriedensDekade. Zunächst hatte der „Interkirchliche Friedensrat“ in den Niederlanden die Friedenswoche eingeführt, um das Engagement der Kirchenmitglieder für Friedensfragen zu stärken. Diese Idee wurde in West- und Ostdeutschland gleichzeitig im Jahre 1980 aufgenommen. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass die Kirchen und Gruppen in und außerhalb der Kirchen, jeweils in Ost- und Westdeutschland gelernt haben, konstruktiv zusammenzuarbeiten und dass sie dies in ökumenischem Geiste tun. Ideen und Beispiele zu den Themen Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung sind schon frühzeitig im Rahmen der FriedensDekade verbreitet worden.

In Gammertingen wurde die Idee der Friedenswochen erstmals 1981 von der *Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK)* aufgegriffen. Danach gab es in Gammertingen und Umgebung häufig Veranstaltungen während der Ökumenischen FriedensDekade, seit 1990 ohne Unterbrechung jedes Jahr.

Friedenspolitische Forderungen an künftige Bundesregierung

Nach über zwei Jahrzehnten Kriegspolitik unter Kanzler Schröder und Kanzlerin Merkel, u.a. mit dem desaströsen Scheitern des Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr, steht die Frage im Raum, ob eine Ampelkoalition unter SPD-Führung einen Kurswechsel in Richtung Friedenspolitik vornimmt. Um darauf Einfluss zu nehmen, gab es vor und nach der Bundestagswahl bereits eine Reihe von Aktionen. Als *Lebenshaus Schwäbische Alb e.V.* waren wir an manchen beteiligt.

So waren wir an einem Offenen Brief an die Abgeordneten des neu gewählten Bundestages Anfang Oktober 2021 beteiligt, in dem Vertreter deutscher ICAN-Partner und befreundeter Organisationen forderten: „Atomwaffenverbot in den Koalitionsvertrag!“ Wenig später folgte im Verbund mit über 40 deutschen ICAN-Partnern und befreundeten Organisationen ein weiterer gemeinsamer Brief an die Teilnehmenden der Sondierungsgespräche für eine mögliche zukünftige Regierungskoalition, in dem eine zeitgemäße, kooperative Sicherheitspolitik und atomare Abrüstung eingefordert wurde. Diesen trug *Lebenshaus Schwäbische Alb e.V.* ebenfalls mit. Wenig später folgte eine Zeitungsanzeige, mit der wir unsere Erwartungen an eine künftige Bundesregierung zum Ausdruck brachten. Unter anderem fordern wir, dem Atomwaffenverbotsvertrag beizutreten, die Beschaffung neuer Atomwaffen-Trägerflugzeuge für die Bundeswehr zu stoppen und sich für den Abzug aller US-Atombomben aus Deutschland einzusetzen.

Mitte November hat ein breites Bündnis von 40 zivilgesellschaftlichen Organisationen, u.a. *Lebenshaus Schwäbische Alb e.V.*, in einem Offenen Brief die geschäftsführende Bundesregierung und die Koalitionsverhandlungen führenden Parteien SPD, Bündnis90/Die Grünen und FDP dazu aufgerufen, den Rüstungsexport- und genehmigungsstopp für Saudi-Arabien zu verlängern und auf die gesamte Militärkoalition im Jemen auszuweiten. Die unterzeichnenden Organisationen forderten ein umfassendes und zeitlich nicht befristetes Rüstungsexportverbot für alle Mitglieder der von Saudi-Arabien geführten Militärkoalition, solange diese am bewaffneten Konflikt im Jemen beteiligt sind oder die Gefahr besteht, dass auch deutsche Rüstungsgüter zu Menschen- und Völkerrechtsverletzungen im Jemen beitragen.

Mitgliederversammlung

Am 2. Oktober fand die diesjährige Mitgliederversammlung des Vereins *Lebenshaus Schwäbische Alb* statt, die wegen der „Corona-Maßnahmen“ in den Herbst hinein verschoben worden war. Dabei hielt Michael Schmid mit seinem Geschäftsbericht, veranschaulicht durch eine Powerpoint-Präsentation, ausführlich Rückblick auf das vergangene Geschäftsjahr 2020/2021. Dabei machte er unter anderem deutlich, dass die Vereinsarbeit unter „Corona“ natürlich gelitten habe. Zum Beispiel konnten von den für das Kalenderjahr 2020 geplanten Veranstaltungen und Aktionen nur ein Teil durchgeführt werden, für 2021 wurden dann bereits weniger geplant. Trotz mancher Einschränkungen konnte auch in dieser Zeit viel bewegt werden. Es habe eine Vielzahl von Aktivitäten in den unterschiedlichen Aufgabenfeldern gegeben. Entsprechend ausführlich fiel der Geschäftsbericht und die Aussprache aus.

Der Kassenprüfbericht von Hans Landenberger ergab, dass er sich bei seiner Prüfung von der ordnungsgemäß geführten Kassenführung von Michael Schmid habe vergewissern können. Es sei ersichtlich, dass hier eine Menge Arbeit anfalle, die in großer Zuverlässigkeit erfüllt würde. Im Anschluss daran wurde der Vorstand von der Mitgliederversammlung einstimmig für seine Arbeit im zurückliegenden Geschäftsjahr entlastet und es wurde ihm ausdrücklich für seine Arbeit gedankt. Anschließend wurden verschiedene Änderungen in der Satzung besprochen und dann auch beschlossen. Dabei



ging es teilweise um sprachliche Aktualisierungen und Ergänzungen bei den Vereinszwecken. Es wurde auch beschlossen, dass die Mitgliederversammlung in Zukunft außer als Präsenzversammlung ebenfalls als Telefon- oder Videokonferenz stattfinden kann. Zudem können Beschlüsse durch die Mitglieder nun ebenfalls schriftlich gefasst werden.

Die anschließenden Vorstandswahlen ergaben die gleiche Zusammensetzung wie in den vergangenen beiden Jahren. Allerdings sind nun aufgrund einer Satzungsänderung Axel Pfaff-Schneider, Katrin Warnatzsch und Hubert Rothfeld nicht mehr Vorsitzender und stellvertretende Vorsitzenden, sondern neuerdings gleichberechtigte Vorstandsmitglieder.

Sankt Martin: „Es ist mir nicht erlaubt zu kämpfen“

„Es ist mir nicht erlaubt zu kämpfen - St. Martin: Mantelteiler. Kriegsdienstverweigerer. Friedensstifter“ lautet der Titel eines neuen Buchs über den Heiligen Martin, dessen Schwerpunkt auf einem weniger bekannten Aspekt seines Lebens und Wirkens liegt: seiner Abkehr vom Soldatendienst in der Armee des römischen Kaisers, seinem Auftreten als Streitschlichter und seinem Einsatz für Andersdenkende. Mit anderen Worten: Der neue Band zeigt den katholischen Heiligen als Vorbild für gewaltfreies Handeln, gegen den Einsatz von Waffengewalt und für ein friedliches Zusammenleben. Herausgeber sind der Diözesanverband Rottenburg-Stuttgart der internationalen Katholischen Friedensbewegung *pax christi*, die *Martinus-Gemeinschaft* und das *Religionspädagogische Institut Stuttgart*.

Die knapp 160 Seiten umfassende Publikation beinhaltet neben geschichtswissenschaftlichen Beiträgen auch Perspektiven zur politischen Dimension des Martinsgedenkens heute sowie pädagogische Materialien. Sie möchte Menschen, die sich mit dem Heiligen Martin beschäftigen - in Kindergärten, in Schulen, in der Gemeindearbeit mit Kindern- und Jugendlichen, in der Erwachsenenbildung, beim Pilgern auf dem Martinusweg und in der Friedensbewegung - Hintergrundinformationen, Impulse und praktische Materialien an die Hand geben. Diese Sammlung ist Anregung, das Thema ins Heute zu übersetzen.



Ein Artikel des Buches, den Michael Schmid auf Einladung der Herausgeber beigesteuert hat, ist überschrieben mit „Exkurs: ‚Kriegsdienstverweigerer. Unsere Geschichten‘ Ein Projekt des *Lebenshaus Schwäbische Alb* Gammertingen“.

Der Band „Es ist mir nicht erlaubt zu kämpfen…“ wird von den Herausgebern kostenlos zur Verfügung gestellt und ist in der Printversion zu beziehen über: pax christi - Internationale Katholische Friedensbewegung, Diözesanverband Rottenburg-Stuttgart, Tel. 0711 9791-4841, E-Mail: paxchristi-rs@bo.drs.de. Außerdem gibt es den Band zum Download auf den Internetseiten der Herausgeber. Kurzlink: https://ogy.de/8ibm.

Link zur Website „Kriegsdienstverweigerer. Unsere Geschichten“: https://www.kriegsdienstverweigerer-geschichten.de

Unsere Menschlichkeit darf nicht abhandenkommen

Von Katrin Warnatzsch – Soziale Friedensarbeit

Zwei afghanische Männer leben seit Anfang 2018 bei uns im *Lebenshaus*, ein dritter seit einem Jahr als Gast, um Wege zwischen seiner Wohnung im Nachbarort und seinem Ausbildungsplatz zu überbrücken und das Internet bei uns zu benutzen. Er benötigt dringend eine kleine Wohnung in Gammertingen, bisher hat nichts geklappt. Nicht nur mit ihnen, sondern mit nahezu allen Afghanen aus Gammertingen ging es und geht es bis heute um vielfältige Lebensfragen. Seit die Taliban im August dieses Jahr in Kabul wieder die Macht übernommen haben, kommen auch ein paar tief verzweifelte Männer zu mir, in der Hoffnung, ich könne doch sicher dabei helfen, ihre Angehörigen aus Afghanistan heraus (nach Deutschland oder Europa) zu holen. Da werden leider meine Möglichkeiten überschätzt, denn das kann ich nicht.



Vor einer Verhandlung gegen einen abgelehnten Asylbescheid im Verwaltungsgericht in Sigmaringen. Im Vordergrund Katrin Warnatzsch und Rechtsanwalt Ullrich Hahn.

Seit teilweise mehr als fünf Jahren leben die jungen geflüchteten Männer nun schon unter uns, in einer kleinen Stadt auf der derzeit oft vom Novembernebel eingehüllten Schwäbischen Alb. Einige kamen aus einer Großstadt, z.B. Kabul, und tauschten dieses Umfeld nun aus gegen ein Leben auf dem Land, mit relativ dünner Besiedlung. Die Tatsache, dass die Wenigsten inzwischen von hier weggezogen sind, spricht für die Lebensqualität, die sie hier wohl, trotz eingeschränkter Arbeitsmarktlage, gefunden haben.

Natürlich ist dies auch ihrer weiter bestehenden Peer-Gruppe geschuldet, die eben ermöglicht, dass man sich in seiner Sprache unterhalten und gewohnte Verhaltensweisen pflegen kann.

Einigen ist es gelungen, eine eigene Mietwohnung zu beziehen. Zu Beginn fiel es schwer, plötzlich alleine in zwei Zimmern zu wohnen, eine eigene Küche und ein eigenes Bad zu haben. Ich beobachte, dass dies jedoch zu weiterer Beruhigung führt, der Schlaf noch einmal erholsamer wird, als in der gemeinsamen Unterkunft. Das Einrichten der Wohnung macht Freude und stolz. Plötzlich hat man auch neue Nachbarn.

Ein Mann aber sagt mir, es sei so gut, mit zwei Landsleuten zusammen zu wohnen, da wäre er nicht alleine, wenn es ihm schlecht geht. Er hat gerade seine Mutter verloren, die in Kabul gestorben ist. Er sucht nach Trost und Ablenkung, braucht eigentlich immer warmes Essen, das ich dann schnell bereitstelle, und jemanden, der zuhört. Dafür ist er allerdings ständig unterwegs und besucht seine Freunde, eben gerade auch deutsche Unterstützende, Arbeitskolleg:innen...

Was sich in der verlorenen alten Heimat Afghanistan abspielt, ist so schrecklich und macht so hilflos, dass einige mit viel Kraft versuchen, es zu verdrängen. Aber andere hängen doch täglich im Internet und führen quasi ein Doppelleben, mit den Gefühlen und Gedanken oft dort, wo hilflose Verwandte leben. „Meine Konzentration ist zur Zeit ganz schlecht, ich kann mir nicht mehr merken, was ich gerade gesagt oder getan habe...“ - das sind fatale Auswirkungen, auch am Arbeitsplatz. Ich erkenne die Gefühlslage auch an dem zeitweise wieder sehr viel schlechter gesprochenen Deutsch, das mir Mühe macht.

Ich bewundere und unterstütze es umso mehr, wenn sich einer von ihnen in seiner Urlaubswoche vornimmt, einen anderen zu einer selbstorganisierten Städtetour mitzunehmen. „Wir waren in Frankfurt und in Köln, ja da gibt es viele afghanische Restaurants und Leute, wir konnten mal wieder unser Essen schmecken und reden. Und die Städte sind so schön...“ - fachmännische Blicke auf Hochhäuser von einem Stuckateur.

Und damit verbunden ist der Wille zum Wurzelschlagen in der neuen Heimat, die Akzeptanz der Tatsache, dass man nicht mehr zurückkann und das auch nicht will. Letztlich also die Eltern nicht mehr sehen wird, bevor sie sterben werden. Das Geburtsland nicht mehr betreten wird.

„Katrin, hilf mir bitte, ich möchte einen dauerhaften Aufenthalt beantragen. Und ich möchte einen Reisepass haben, damit ich reisen kann, Europa sehen kann.“ Das sind wichtige Schritte im neuen Leben, in einer neuen Realität. Eine lange Traumatherapie hat bewirkt, dass sich dieser junge Mann mit seinem Leben neu auseinandergesetzt hat und es, zumindest derzeit, akzeptiert, wie es ist.

Und er macht Pläne, wie er beruflich weitergehen könnte, was nicht einfach wird. Darüber reden wir gemeinsam und suchen nach Möglichkeiten. Und er beginnt zu sortieren, was er inzwischen erreicht hat und nicht mehr aufgeben möchte, auch nicht für eine Ausbildung, in der er viel weniger verdienen würde und sich seinen derzeitigen Lebensstandard nicht mehr leisten könnte. Auch die Unterstützung von Angehörigen wäre dann nicht mehr finanzierbar. Da tun sich natürlich nun Zwickmühlen auf, die auch nicht leicht auszuhalten sind.

Wir werden sehen, wieviel Zeit, Mühe und Verzicht er aufwenden will, um sich fortzubilden für eine bessere Absicherung im Berufsleben und ob er sich frei machen kann von den Erwartungen der Familie.

Zu einem meiner Schwerpunkte in den vergangenen Jahren wurden die rechtlichen Angelegenheiten in den Asylverfahren. Und dabei ging es vor allem um Klagen gegen die Ablehnungsbescheide.

Die vorerst letzte Verhandlung von den 17 von uns begleiteten Afghanen fand dieses Jahr statt. Das Urteil nach einer mehr als drei Stunden dauernden Gerichtsverhandlung hat uns völlig überrascht und auch empört. Bei einem afghanischen Mann, bei dem wir sehr sicher waren, dass seine Klage erfolgreich ausgehen würde, wurde vom Richter die Klage in nahezu allen Punkten abgewiesen. Dabei handelt es sich um einen jungen Vater, der zwar getrennt von der Mutter seiner Tochter lebt, der sich aber durchaus um das Kind kümmert. In Deutschland ist das geteilte Sorgerecht getrennt lebender Eltern für ihre Kinder ja eine große Errungenschaft. Der Kontakt zu beiden Eltern ist für ein Kind wichtig. Doch das gilt jetzt hier im Fall des afghanischen Vaters ganz offensichtlich nicht.

Aufgrund der aktuellen Rechtsprechung konnten in den vergangenen Jahren ohnehin nur alleinstehende junge Männer zu einer Rückkehr nach Afghanistan gezwungen werden, wenn unterstellt werden konnte, sie könnten dort für ihre eigene Existenz aufkommen. Unter Corona-Bedingungen waren diese Voraussetzungen noch seltener zu unterstellen. Dieser Richter stellt in seinem Urteil fest, bei einer Rückkehr nach Afghanistan würde der junge Mann seine Tochter nicht mitnehmen, weil die Mutter des Kindes hier eine dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung habe. Deshalb sei der Mann in Afghanistan frei von Unterhaltsverpflichtungen und es sei ihm zumutbar, dort als alleinstehender junger Mann für seine Existenz zu sorgen. Mit dieser zynischen Begründung ist es also möglich, einem kleinen Kind seinen Vater zu nehmen, der nach Ansicht deutscher Behörden und Gerichte auch fünftausend Kilometer von ihm entfernt leben kann. Dass es in diesem Fall nicht einmal einen Abschiebeschutz gibt, finden wir absolut empörend und niederschmetternd!

Nach dem Abzug der NATO-Truppen aus Afghanistan hat sich die äußere Situation dort schwer verändert. Sie führt in unseren Augen dazu, dass es erfolgversprechende Gründe für Asylfolgeanträge gibt. Dies können bisher abgelehnte Asylsuchende aufgreifen und ein neues Verfahren anstreben. Auch die wenigen aus unserer Region abgelehnten afghanischen Männer, die nur eine Duldung erhalten hatten, haben dies nun getan. Wir hoffen, dass wenigstens für sie nun ebenfalls eine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis erreicht werden kann.

Begleitend zu den erfreulichen Fortschritten der Integration bleibt es meine wichtige Aufgabe, diese jungen Menschen fortwährend zu beraten und daran zu erinnern, dass ihr Aufenthaltsstatus in Deutschland nicht abschließend gesichert ist. Denn gerne verdrängen sie, und auch viele aus dem unterstützenden Umfeld, diese formalrechtlichen, unangenehmen Tatsachen. Und wie oft geschieht es sogar erst nach mehreren Jahrzehnten, dass dann Menschen scheinbar unvermittelt abgeschoben werden, weil sie ihre behördlich festgestellte Lage und die politische Willenserklärung unsere Regierungen nicht im Auge behalten haben: Deutschland, ja Europa, ist weiterhin nicht gewillt, einen großen Teil der Menschen dauerhaft als gleichberechtigte Bürger:innen anzuerkennen, die einmal als Geflüchtete hierher kamen. Es braucht dafür letztlich eine deutsche Staatsangehörigkeit oder die eines anderen europäischen Landes. Der Weg dahin ist weit und mühsam. Wir würden dafür einen Politikwechsel hin zur Menschenfreundlichkeit benötigen, der Geflüchtete willkommen heißt und gleichzeitig verhindert, dass weiterhin andere Länder



Katrin Warnatzsch und Michael Schmid berichten bei der Tagung „We shall overcome!“ u.a. von ihrer Arbeit mit Geflüchteten aus Afghanistan.

ausgebeutet, mit Krieg überzogen, für unseren Wohlstand kaputt gemacht werden. Das treibt Menschen in die Flucht, nur konsequent, dass sie dorthin wollen, wo sie glauben, das Leben wäre noch lebenswert. Klimakatastrophe, Naturereignisse und z.B. die Abwerbung von Pflegekräften für unser Gesundheitssystem sind weitere Migrationsursachen. Und andererseits werden diese verzweifelt wandernden, entwurzelten Menschen von Regierungen und Wirtschaftsinteressenten wie „Menschenmaterial“ benutzt, um einander zu erpressen oder Profit zu machen und Konflikte zu schüren.

Täglich erleben wir im *Lebenshaus* mit Spannung und großer Sorge die Auswirkungen der staatlichen Maßnahmen gegen das allgegenwärtige Corona-Virus. Kontakte und Begegnungen werden abgewogen gegen ein kaum fassbares Risiko, der herzliche Umgang mit Menschen ist durch die Kontaktbeschränkungen reduziert und wird von vielen mit Augenmaß bedacht. Zurückhaltung ist überall sichtbar, an den Bewegungen der Menschen. Herzliches Umarmen bekommt einen fahlen und anstößigen Beigeschmack. Ob jemand sich gesund fühlt, ist inzwischen keine Frage mehr. „Wie geht es Dir?“, wird mit einem Unterton gefragt. Wohin sind wir da geraten?

Michael und ich haben uns entschlossen, niemanden aus unserer Gemeinschaft auszuschließen! Bei aller Vorsicht vor Ansteckung und Weitergabe einer Infektion darf unsere

Menschlichkeit nicht abhandenkommen. Dieser Vorsatz wird zur täglichen Herausforderung. Ich wünsche uns allen, dass wir den Weg unter unseren Füßen nicht aus dem Blick verlieren und ab und zu den Kopf heben und erkennen, ob wir noch in der richtigen Spur gehen. In eine offene, gute Zeit im neuen Jahr.

Lebenshaus-Tagung „We shall overcome!“ 2021

Der Verein „*Lebenshaus Schwäbische Alb - Gemeinschaft für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Ökologie*“ hatte auch in diesem Jahr für den 16. Oktober 2021 zu seiner bereits 9. Tagung „*'We shall overcome!' Gewaltfrei für die Vision einer Welt ohne Gewalt und Unrecht*“ ins evangelische Gemeindehaus nach Gammertingen eingeladen.

Allerdings waren Katrin und ich ein paar Wochen vor der Tagung sehr nahe dran, diese aufs kommende Jahr zu verschieben. Denn ein Anliegen mit unseren Veranstaltungen ist ja, mit anderen Menschen zusammenzukommen, von der Lebensgeschichte anderer zu erfahren, Gemeinsamkeiten zu erkennen, Menschen miteinander zu verbinden, ein Stück weit Gemeinschaft zu erfahren. Und da sollen sich alle beteiligen dürfen. Doch nachdem die baden-württembergische Landesregierung ihre Corona-Verordnung erneut verschärft hatte, sah es so aus, als ob wir höchstwahrscheinlich Menschen ausschließen müssen, nicht etwa weil sie mit Corona infiziert sind, sondern nur weil sie keinen amtlich anerkannten, aktuellen Nachweis als Geimpfte oder Genesene vorweisen können. Da sich aber nach zwei bangen Wochen abzeichnete, dass es soweit bis Mitte Oktober wohl nicht kommen würde, beschlossen wir, die Tagung durchzuführen.

Und wir waren hoch erfreut, dass 55 Menschen an der Tagung teilnahmen. Viele meldeten zurück, dass sie die Veranstaltung als sehr anregend, bewegend und ermutigend empfunden hätten. Abends gab es die tiefsinnige Szenische Lesung „Run Soldier Run“ mit Talib Richard Vogl und Rudi Friedrich. Am



Sonntag waren bei herrlichem Herbstwetter 13 Menschen bei einer kleinen Wanderung rund um Meidelstetten auf der Schwäbischen Alb dabei.

Veranschaulicht durch zahlreiche Bilder, gaben Katrin und ich einen Überblick über die verschiedenen Arbeitsfelder und Erfahrungen des Vereins „*Lebenshaus Schwäbische Alb*“. Die Vorträge von Klaus Pfisterer, Thomas Gebauer und Karen Hinrichs, in denen sie über ihr jahrzehntelanges Engagement erzählten, bildeten den Hauptteil. Julia Kramer führte mit einfühlsamer Moderation die Zuhörenden durch den Tag. Philipp Rosenhagen sorgte mit seiner Kamera für eine umfangreiche Dokumentation mit Fotos. (Michael Schmid)

Schriftliche Zusammenfassungen der Vorträge von Axel Pfaff-Schneider

Klaus Pfisterer: „Friedensarbeit ist ein langer Weg – Abkürzungen fördern die Motivation“



„Wie packe ich 50 Jahre Friedensarbeit in eine Stunde?“ Mit dieser Frage stellte sich Klaus Pfisterer vor. Er hatte sich für die drei Schwerpunkte seiner vielfältigen Arbeit entschieden, die ihm persönlich am meisten am Herzen liegen: Die Beratung und Begleitung von Kriegsdienstverweigerern, die Abschaffung von Atomraketen und die Friedensbildung.

Geboren und aufgewachsen ist Klaus in Mannheim. Seine Eltern hatten eine Bäckerei, in der er früh eingebunden und zur Mitarbeit verpflichtet war, oft auch nachts, wohlgemerkt. Wie er später auf Nachfrage erklärte, hatte er eine gute Beziehung zu seinen Eltern. Sein Vater berichtete von seinem Erleben im Krieg und die Eltern unterstützten ihn nicht nur bei seiner Kriegsdienstverweigerung (KDV), sondern auch auf seinem beruflichen Weg. Geben und Nehmen erlebte er so als selbstverständlich. Nach der Mittleren Reife machte er eine Ausbildung zum Bankkaufmann, während der er auch begann, sich gewerkschaftlich zu organisieren und als Jugendvertreter tätig wurde. Bald merkte er jedoch, dass das Bankwesen nicht so seine Welt ist. Er wechselte auf das Wirtschaftsgymnasium, machte dort 1977 Abitur, und stu-

dierte anschließend Sonderpädagogik und Sport. Um seinen Zivildienst 1982/83 kam er nicht herum, konnte jedoch die 16 Monate gut für sein Friedensengagement nutzen. Als Sonderschullehrer war er dann 33 Jahre lang berufstätig bis zu seiner Pensionierung 2018. Seit über 40 Jahren ist er aktiv in der *Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)*. Für Klaus war es selbstverständlich, dass seine Friedensarbeit stets ehrenamtlich parallel zum Beruf stattfand. Dass ihm das so viele Jahre kontinuierlich gelungen ist, führt er auf eine gelungene Balance zwischen Beruf, Engagement und Privatleben zurück.

Kriegsdienstverweigerung

Angefangen hatte alles 1972 mit der Erfassung. Da es damals in Mannheim keine Beratung gab, landete er in Karlsruhe bei der *Deutschen Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK)* und lernte dort Ulli Thiel kennen. Dieser wurde sein Vorbild und Mentor. Ulli Thiel ermunterte ihn dazu, die DFG-VK Gruppe in Mannheim zu reaktivieren und dann seit 1976 im Landesvorstand der DFG-VK, in verschiedenen Funktionen bis heute tätig zu sein.

Seinen formlosen Antrag auf KDV stellte Klaus 1973 bei der Musterung. Die Verhandlung war dann jedoch erst 1981! In Mannheim wurde mit regelmäßiger KDV-Beratung begonnen und dabei auch auf die erniedrigenden und inquisitorischen Fragen aufmerksam gemacht sowie die Forderung vertreten, das schikanöse Verfahren abzuschaffen. Klaus konnte seine KDV-Verhandlung immer wieder aufschieben, zunächst wegen der Schule und später wegen des Studiums. 1980 bekam Klaus vom Amtsgericht die Zulassung als Rechtsbeistand für Kriegsdienstverweigerer. Als er schließlich 1981 sein eigenes Verfahren hatte, war er dem Prüfungsvorsitzenden bereits bekannt und wurde mit den Worten „Aha, der Chef persönlich“ begrüßt. Das Verfahren verlief dann, so Klaus, ganz „normal“ und korrekt, und er wurde bereits im ersten Anlauf anerkannt.



Julia Kramer moderierte auf einfühlsame Weise die verschiedenen Vorträge. Hier im Bild während der Aussprache nach dem Vortrag von Klaus Pfisterer.

Über die Jahre hinweg hat Klaus wohl einige hundert Kriegsdienstverweigerer beraten und im Verfahren erfolgreich begleitet. Er berichtete, dass alle Verweigerer letztlich ihre Anerkennung erhielten. Zuletzt waren das, vor allem während des Jugoslawienkrieges ab 1991 und später im Golf-Krieg, aktive Soldaten und Reservisten.

Während all dieser Jahre setzte sich Klaus mit der DFG-VK für die Abschaffung der Wehrpflicht und der Gewissensprüfungen für Kriegsdienstverweigerer ein. Parallel dazu ging es um Verbesserungen im Zivildienst, der stets länger dauerte als der Wehrdienst. So kam es, dass Klaus während seines Zivildienstes beim Stadtjugendring Mannheim am bundesweiten Streiktag der Zivildienstleistenden mitmachte und später diesen einen Tag nacharbeiten musste - am 1. November, einem Feiertag! Zudem musste er ein Bußgeld von 40 DM bezahlen.

In Folge der Aussetzung der Wehrpflicht 2011 wurde Klaus und seinen Mitstreitern die Zulassung als Rechtsbeistand entzogen, da sie nicht mehr benötigt wurden. Damit endeten für ihn fast 40 Jahre KDV-Beratung erfolgreich.

Atomwaffen abschaffen

Der Kampf gegen Atomwaffen war das zweite großes Arbeitsfeld von Klaus, vor allem seit dem NATO-Doppelbeschluss vom 12.12.1979 zur Stationierung von Pershing II und Cruise-Missiles in Deutschland. Dazu gehörten für ihn Unterschriften zu sammeln unter den Krefelder Appell und das Mitorganisieren bei Demonstrationen, z.B. 1981 im Bonner Hofgarten und 1982 auf den Bonner Rheinterrassen. Die bekannteste Aktion, an der er mitwirkte, war dann die Menschenkette von Stuttgart nach Neu-Ulm. Klaus berichtete ausführlich, wie es zum Beschluss dieser speziellen Aktionsform gekommen war. Die Idee stammte von Ulli Thiel, entstanden bei einer Sitzung des Landesvorstands der DFG-VK im Wohnzimmer der Familie Thiel. Anstelle der üblichen „Latsch Demo“ sollte etwas Besonderes stattfinden, nämlich eine Menschenkette von Stuttgart nach Neu-Ulm. Der Vorschlag wurde bei der Ulmer Aktionskonferenz im Juni 1983 eingebracht und war zunächst umstritten, weil er mit den Vorschlägen für Blockadeaktionen und einer Großdemo in Stuttgart konkurrierte. Schließlich einigte man sich in einer turbulenten Versammlung mit 1.000 Teilnehmenden auf eine Kombination von zwei Blockade-Aktionen vor dem EUCOM in Stuttgart und den Wiley Barracks in Neu-Ulm, die durch die Menschenkette verbunden werden sollten. Zum Abschluss sollten die beiden Großdemonstrationen in Stuttgart und Ulm stattfinden.

Bei der Organisation und Durchführung der Menschenkette war Klaus dann einer der Mitarbeitenden der DFG-VK im Stuttgarter Aktionsbüro, in das verschiedene Organisationen ihre Vertreter geschickt hatten. Klaus erzählte mit jetzt noch spürbarer Begeisterung von der Dynamik, die sich nach anfänglichen Bedenken im Aktionsbüro entfaltete. Er berichtete anschaulich, in der Rückschau fast erstaunt, wie man damals eine solch riesige Aktion und Logistik ohne Handy und Computer planen und organisieren konnte. In Verhandlungen mit der Bundesbahn wurden über 42 Sonderzüge auf

den Weg gebracht und so konnten am Ende rund 400.000 Menschen bei herrlichstem Oktoberwetter die Menschenkette schließen. Die Freude über die Aktion war riesig, und es wurde weltweit darüber berichtet. Für Klaus war dieser 22. Oktober 1983 der emotionale Höhepunkt seiner Friedensarbeit.

Ein kleines, nicht unwichtiges Detail verriet uns Klaus mit einem Schmunzeln: er konnte seine Aktivität im Aktionsbüro im Rahmen seines von seinem Arbeitgeber großzügig interpretierten Zivildienstes tun.

Natürlich hatten damals alle die Hoffnung, den Bundestag noch umstimmen zu können, doch der Beschluss wurde durchgezogen, und nach und nach wurden die Pershing II in Mutlangen, Heilbronn, und Neu-Ulm stationiert. In der Friedensbewegung breitete sich große Enttäuschung aus - man hatte das Ziel nicht erreicht. Viele gaben auf und zogen sich frustriert zurück. Auch Klaus war enttäuscht, aber aufgeben kam für ihn zu keinem Zeitpunkt infrage. Aus seiner Sicht war es auch sehr wichtig, dass die Strukturen der Friedens-



Gabriele Lang und Bernd Geisler, einige weitere Mitglieder des Aktionsorchesters „Lebenslaute" und ein befreundeter afghanischer Musiker interpretierten mit ihren musikalischen Beiträgen unser Thema auf ihre eigene, eindrückliche und sanfte Weise.

bewegung erhalten blieben. Der Abzug der Pershing II stand nämlich weiter auf der Tagesordnung und dank Gorbatschow öffnete sich die Tür dafür. Bis Mai 1991 waren alle Pershing II aus Deutschland abgezogen - welch ein nachträglicher Triumph!

Und damit verwies Klaus auf den Titel seines Beitrags. Erfolge, wie hier die gelungene Menschenkette, die sind es, die er als Abkürzung bezeichnet. Denn trotz der enttäuschenden Entscheidung des Bundestags nicht aufzugeben, sondern sich weiter durch erfolgreiche Aktionen wie die Menschenkette zu motivieren und weiterzumachen, dranzubleiben, erst das kann am Ende zum Erfolg führen.

Friedensbildung

Der dritte große Arbeitsbereich von Klaus war und ist die Friedensbildung. Schon als Schüler hatte es ihn gestört, dass Jugendoffiziere im Unterricht auftreten durften. Also organisierte Klaus 1978 während seiner Schulzeit am Wirtschaftsgymnasium eine Veranstaltung mit einem Vertreter der DFG-VK. Er qualifizierte sich dann selbst weiter, um an Diskussionen teilnehmen zu können. Ein wichtiges Thema war die Frage nach Alternativen zur militärischen Verteidigung, vor allem in Form der Sozialen Verteidigung. Heute sieht Klaus solche Podiumsdiskussionen in der Schule kritisch und betrachtet sie eher als Schauveranstaltungen, die letztlich nicht geeignet seien, um den Schüler:innen eine qualifizierte Information und Auseinandersetzung mit den Ideen der Friedensbewegung zu ermöglichen. Dazu brauche es die Möglichkeit, die eigenen Ideen zusammenhängend in einer gesonderten Veranstaltung vorstellen und erklären zu können.

Klaus berichtete, wie in den 80er Jahren die KDV-Zahlen stetig anstiegen und die Auftritte von Jugendoffizieren in Schulen zusehends in die Kritik gerieten. Da sich die Kultusminister nicht einigen konnten, kam es zu unterschiedlichen Regelungen in den SPD- bzw. CDU-geführten Landesregierungen. Der damalige baden-württembergische Kultusminister Mayer-Vorfelder (CDU) setzte auf dem Höhepunkt der Diskussion um die „Nachrüstung" am 22. Juli 1983 die Verwaltungsvorschrift „Friedenssicherung und Bundeswehr im Unterricht" in Kraft. Mit einem Zusatzerlass schloss er Kriegsdienstverweigerer bzw. deren organisierte Vertreter vom Unterricht aus. Das sollte vor allem die DFG-VK treffen, denn die kirchlichen KDV-Berater duften weiter im Unterricht informieren. Klaus erlebte das als harten Schlag gegen die Friedensaktivist:innen und trotz zahlreicher Unterstützung von SPD und Grünen im Landtag blieb das Verbot 21 Jahre lang bestehen.

Erst 2004 gelang mit Hilfe der Gewerkschaft GEW die Aufhebung des Verbots. Nach Mayer-Vorfelder war es dann aber Kultusminister Rau, CDU, der 2009 mit der Bundeswehr eine Kooperationsvereinbarung abschloss, die den Jugendoffizieren erneut einen privilegierten Zugang zu den Schulen ermöglichte. Also waren die Friedensaktivist:innen wieder gefordert.

Im Juni 2010 war Klaus Mitinitiator der Kampagne „Schulfrei für die Bundeswehr - Lernen für den Frieden". Die Kampagne hat u.a. das Ziel, dass die Kooperationsvereinbarung gekündigt wird. Bis heute jedoch scheitert das am Widerstand des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Kretschmann (Grüne), entgegen eines 2012 von einem Grünen-Parteitag gefassten Beschlusses.

Einen Paradigmenwechsel in Baden-Württemberg sah Klaus dann aber mit Kultusminister Stoch, SPD, dem es immerhin gelang, die Kooperationsvereinbarung zu ändern, indem den Jugendoffizieren Grenzen gesetzt wurden. Klaus erlebte es als äußerst positiv, wie sich der Minister in einen ernsthaften Dialog mit den Friedensorganisationen begab. Dieser mündete 2014 in einer gemeinsamen „Erklärung zur Stärkung der Friedensbildung an baden-württembergischen Schulen". Darauf aufbauend konnte dann 2015 die Servicestelle Friedensbildung gegründet werden. Diese Servicestelle hat die Aufgabe, Schulen mit einschlägigen Materialien und Informationen zu unterstützen und gilt als „Leuchtturmprojekt",

das weit über Baden-Württemberg hinausstrahlt. Erst vor kurzem wurde im Kultusministerium Niedersachen eine vergleichbare Servicestelle Friedensbildung etabliert.

Weitere Aktivitäten des Ministers erlaubten es, dass sich die Unterzeichnerorganisationen der Erklärung in die Gestaltung neuer Bildungsplänen einbringen und tatsächlich einige inhaltliche Ideen darin verankern konnten. Klaus zeigte sich beeindruckt von diesem Kultusminister, der nach seiner Wahrnehmung der erste und einzige Kultusminister war, der auf Augenhöhe mit den Friedensorganisationen gesprochen hat und Wort hielt. Damit kam Bewegung in die Friedensbildung in Baden-Württemberg. In der evangelischen und katholischen Kirche wurden neue Stellen eingerichtet und auch die Gründung des Friedensinstituts Freiburg der Evangelischen Hochschule (siehe den Vortrag von Karen Hinrichs) sieht Klaus als eine Konsequenz.

Im Zusammenhang mit diesem schulpolitischen Engagement steht auch der erst 2020 gestiftete Ulli-Thiel-Friedenspreis für Schulen in Baden-Württemberg, der von der DFG-VK, der Evangelischen Landeskirche in Baden und dem Verein PAX-AN und ab 2022 auch von pax christi in Baden-Württemberg getragen wird. Unter dem von Ulli Thiel geschaffenen Motto „Frieden schaffen ohne Waffen“ werden im Rahmen des Preises Schülerinnen und Schüler, aber auch Lehrerinnen und Lehrer für ihr Friedensengagement an ihren Schulen ausgezeichnet.

Unterm Strich sieht Klaus in seiner Friedensarbeit immer wieder Erfolge, die er als Abkürzungen bezeichnet. Sie stärken sein Engagement und die Gewissheit, dass eine andere Welt - eine Welt ohne Waffen - möglich ist. Mit den Worten „Kleine Erfolge kann man größer machen!“ äußerte sich Klaus zum Abschluss optimistisch, dass unser Weg letztlich erfolgreich sein wird.

Thomas Gebauer: „Weltgesellschaft im Kommen“



Thomas Gebauer begann mit dem Gedanken, dass er seine Erfahrungen nicht im regionalen Bezug, sondern im globalen Rahmen durch seine Aktivitäten bei *medico international* machen konnte. Diese Organisation, für die er jahrzehntelang beruflich tätig war, engagiert sich für die globale Verwirklichung des Menschenrechts auf Gesundheit.

Thomas wurde ab Ende der 1960ger Jahre während der Schulzeit politisiert. Er erinnerte an den Vietnamkrieg und an Entkolonialisierungskämpfe in Afrika, die damals die Öffentlichkeit sehr beschäftigten. Sie wurden auch in dem evangelischen Jugendclub viel diskutiert, in dem er häufig verkehrte, immer verbunden mit der Frage, wie man seine eigene, konsumorientierte Lebensweise angesichts der sozialen Realitäten in der Welt rechtfertigen und zum Besseren verändern könnte. Dabei wurde für ihn schnell der gesellschaftliche Kontext interessant, in dem Hunger, Krieg und Ungerechtigkeit überhaupt entstehen können, woraufhin er sich zum Studium der Psychologie entschloss. Dieses war an der Uni Frankfurt geprägt von der „kritischen Theorie“, die u.a. die Zusammenhänge zwischen politisch-wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und dem subjektiven Befinden untersucht. Vor diesem Hintergrund beschäftigte er sich u.a. mit Fragen danach, wieso Menschen krank werden, wie man das verhindern und welchen Beitrag das Individuum dabei leisten könnte. Letztendlich fand er zu der Erkenntnis, dass es darauf ankommt, Gesellschaft so zu gestalten, dass Menschen gesundbleiben können.

Durch seinen Zivildienst fand er zu *medico international*. Die Organisation beschäftigte damals drei Hauptamtliche, unterstützt von sechs Zivildienstleistenden, die - alleine das Zahlenverhältnis legt das schon nahe - „den Laden schmissen“, sprich: die einen großen Verantwortungs- und Gestaltungsspielraum hatten, den er zu nutzen wusste und von dem er sehr profitierte. Thomas ließ uns teilhaben an der damals herrschenden Aufbruchsstimmung (z.B. Gründung der taz, Gründung der Grünen, Revolution in Nicaragua usw.). Und auch die Weltgesundheitsorganisation WHO entwickelte eine neue Konzeption, die ein umfassenderes, ganzheitliches Verständnis von Gesundheit formulierte. Danach entstehen Gesundheit und Krankheit aus der Interaktion von biologischen, sozialen, psychologischen und ökonomischen Einflussfaktoren zwischen Individuum und Umwelt. Damit wurde der Blick über das Gesundheitssystem im engeren Sinn hinaus gelenkt und prägte damit auch das Verständnis und Handeln von *medico international*.

Thomas berichtete uns von seiner ersten Dienstreise in die Westsahara, wo über 100.000 Menschen in Flüchtlingslagern lebten und heute noch leben. Diese Erfahrung und die Auseinandersetzung mit engagierten Menschen dort ließen ihn erkennen, wie wichtig die Hilfe für Flüchtlinge einerseits ist. Aber andererseits ist die Hilfe auch nur dann nachhaltig, wenn sich die politischen Verhältnisse so verändern, dass Hilfe am Ende überflüssig wird. Daraus entwickelte er ein kritisches Verständnis von Hilfe, das für ihn heute die Grundlage seines schwerpunktmäßigen Handels bildet: Hilfe gewähren und verteidigen, kritisieren und (den Hilfebedarf) überwinden. Ausführlich lassen sich diese Erkenntnisse in dem Buch „HILFE? HILFE! Wege aus der globalen Krise“ nachlesen, das Thomas Gebauer gemeinsam mit Ilija Trojanow geschrieben hat (Fischer Verlag, 2018).

Was das in der Praxis bedeutet, erläuterte Thomas an Beispielen aus Mittelamerika. In Nicaragua und El Salvador kämpften Menschen in den 70er und 80er Jahren in politi-

schen Bewegungen für einen gerechten Staat. Dass dies nicht nur gewaltfrei, sondern auch bewaffnet geschah, wurde breit und offen diskutiert. *Medico* respektierte diese Entscheidung der Menschen dort und lieferte Medikamente. Egal wie man selbst zum bewaffneten Kampf steht, wollten sie den Menschen dort ihre Solidarität nicht verweigern (= Hilfe gewähren und verteidigen).

In diesem Zusammenhang hatte Thomas vor Ort in El Salvador Kontakte zu Veteranen des Vietnamkriegs aus den USA, die z.B. als Ärzte Hilfe leisteten. Gemeinsam erlebten sie, obwohl die Kriegsphase schon vorbei war, wie viele Menschen als Kriegsversehrte und Angehörige immer noch leiden mussten. Wie in vielen anderen Ländern auch, versuchten die Hilfsorganisationen dieses Leid zu lindern. So organisierten



sie die Produktion von Prothesen für die zahlreichen Kriegsversehrten, mit dem Ziel, den Menschen zurück in den Alltag zu helfen. Bei Thomas aber kamen Zweifel auf angesichts dieses, wie er es nannte, „Reparaturbetriebs". Zusammen mit einem Kriegsveteranen, der durch eine Mine beide Beine verloren hatte, problematisierte *medico* den Einsatz von Minen (= kritisieren), und wollte dann auch dafür sorgen, dass solche Situationen erst gar nicht wieder entstehen. Sie gründeten die „Internationale Kampagne für ein Verbot von Landminen" (= überwinden). Die Kampagne wuchs schnell, über tausend Organisationen und zahlreiche, auch Prominente unterschiedlichster Richtungen (u.a. Schauspieler*innen, Nonnen und sogar Prinzessinnen) unterstützten die Kampagne. Nach sechs Jahren intensiver Kampagnenarbeit konnte im September 1979 der Verbotsvertrag im Rahmen der Vereinten Nationen verabschiedet werden, und schon im Oktober desselben Jahres wurde der Kampagne der Friedensnobelpreis verliehen. Thomas konnte damals als Mitglied der Kampagnen-Delegation an der Preisverleihung in Oslo teilnehmen. Aus seiner Sicht war dieser Erfolg nur möglich geworden, weil es durch den Druck einer transnationalen Öffentlichkeit (also nicht zwischen Nationen, sondern zwischen nichtstaatlichen Akteuren) gelungen ist, ein militärisches Thema zu einem zivilen Projekt zu machen.

Für Thomas ist dieser Erfolg schon etwas, auf das er stolz ist, und tatsächlich werden heute viel weniger Landminen hergestellt. Im Rahmen von Hilfsprojekten werden auch enorme Anstrengungen unternommen, um Minen zu räumen. Aber unterm Strich ist für ihn klar, dass sich die Welt durch das Verbot einer Waffe nicht ändern wird. Im Gegenteil: Die soziale Ungerechtigkeit ist weltweit gewachsen und Hilfe ist mehr und mehr zum Instrument geworden, bestehendes Elend abzufedern und damit letztendlich den Status Quo zu stabilisieren. Dies ist für ihn und nach Einschätzung von *medico international* eine Falle, in die zahlreiche Hilfsorganisationen gelaufen sind. Natürlich entwickelten die Militärs damals schon „Alternativen" zu den verbotenen Minen, und - wir Zuhörenden konnten es kaum glauben - hatten sogar die Kampagne offiziell angefragt, dabei mitzuwirken. Sie sollten helfen, Systeme zu entwickeln, die zwar die Funktion einer Mine erfüllen können (Flucht und Bewegung beschränken), dabei aber nicht tödlich sein sollten. Das könnten z.B. Akustikwaffen oder Schaum sein. Dabei ist doch klar, so Thomas, dass auch diese Waffen, wie die Praxis zeigt, massive körperliche Schäden, bis hin zum Tod, bewirken können. Deshalb erklärte Thomas nochmal ganz deutlich, dass über das Verbot von Waffen hinaus soziale und politische Veränderungen notwendig sind, mit denen erst Gerechtigkeit geschaffen und damit Frieden ermöglicht werden kann.

In den 80er Jahren hatte Thomas mit dem Fall der Mauer davon geträumt, dass sich die Welt zum Besseren wenden würde. Was er dann aber erlebte, war das Voranschreiten des Neoliberalismus, der mit seinen Privatisierungen vieles schlimmer machte und zerstörte.

Im Zusammenhang mit diesem Prozess wurden Hilfsorganisationen immer mehr in eine neue Rolle gedrängt, dass sie Not und Elend abfedern, sich aber nicht politisch äußern dürften und sich „neutral" verhalten sollten. Teilweise war es sogar so, dass Hilfe ganz gezielt in Kooperation mit dem Militär geleistet werden sollte. Etwa so, wie es der frühere Außenminister Fischer einmal formulierte, indem NGOs und Bundeswehr gemeinsam die Welt besser machen. Also: Brunnen bauen, Gutes tun, um damit den militärischen Auftrag besser ausführen zu können. Diese Idee, dass Hilfe und militärische Kriegführung parallel funktionieren, erscheint nach Erfahrung von Thomas vielen plausibel und wird von den meisten Medien und (leider) auch von Hilfsorganisationen geteilt.

Am Beispiel Afghanistan erklärte uns Thomas diese Gratwanderung des Helfens zwischen eigenständigem Engagement und der Gefahr, sich dabei vom militärischen Auftrag funktionalisieren zu lassen. Seiner Erfahrung nach kann das dazu führen, dass kritische Positionen einer Hilfsorganisation nicht verstanden werden, ja sogar unerwünscht sind und Gelder gestrichen werden. Im Falle Afghanistan wollte sich *medico international* jedenfalls nicht in ein solches Konzept einbinden lassen. Erst jetzt, nach dem gescheiterten Einsatz dort, sei man bereit, darüber neu nachzudenken.

Bezogen auf die Leitfragen unserer Tagung, wie man Höhen und Tiefen verarbeiten konnte, wie er Kriegserlebnisse und sogar eine Entführung und Erdbeben persönlich bewältigen

konnte, verwies Thomas auf seine Erfahrungen mit Menschen, denen es viel schlechter ergehe als ihm, und die doch durchgehalten haben und dabei menschlich geblieben sind. Er habe die Gewissheit, nicht das bessere Konzept als andere zu haben, aber immer das zu tun was nötig sei, um die Verhältnisse tatsächlich zu verbessern. Aus seiner Sicht komme es dabei in erster Linie auf eine klare Haltung an, in der das Handeln begründet ist, und weniger auf Wissen oder Theorie.

Aus dieser Haltung heraus könne es nicht darum gehen, das Elend zu verbessern, wie es beispielsweise die Produkte einer speziellen Technikmesse für Hilfsorganisationen nahelegen. Mit einem Ballon voller Solarflächen ein Flüchtlingslager quasi aus der Luft mit Energie zu versorgen, ist sicher eine gute Idee. Aber wenn diese Lager Jahrzehnte ohne Perspektive für die Menschen dort bestehen und sich nichts daran ändert, dann sehe er darin nicht mehr als die Verwaltung von Elend. Und diese Rolle möchte Thomas weder für sich persönlich noch für seine Organisation übernehmen. Deshalb sei es für ihn immer wieder notwendig, Gesellschaftskritik zu üben. Dabei misst er der wachsenden Weltöffentlichkeit eine zunehmend wichtige Rolle zu. So erlebe er beispielsweise die Klimabewegung und die Bewegungen gegen Rassismus als laut und stark, und das macht ihm Hoffnung. Was aus seiner Sicht aber noch fehlt, ist, dass diese Teilbewegungen zusammenfinden zu einer gemeinsamen Strategie für globale, soziale Gerechtigkeit. Dazu brauche es aus der Weltöffentlichkeit heraus mehr Druck für konkrete Ideen wie z.B. eine globale Bürgerversicherung, einen Länderfinanzausgleich oder ein globales Grundeinkommen für die Ärmsten. Technisch seien diese Dinge machbar, aber es fehle dazu (noch) der politische Willen.

Zum Abschluss erzählte uns Thomas, was er selbst zu dieser globalen Öffentlichkeit beitragen möchte. Sein Blick richtete sich dabei auf das bevorstehende 175-jährige Jubiläum der Nationalversammlung in der Paulskirche in Frankfurt. Natürlich gibt es von Seiten der Politik hierfür bereits Vorstellungen. Seine Idee sei jedoch, dieses Jubiläum anders zu gestalten und zwar mit dem Fokus „globale Demokratie". 1848 ging es darum, die Kleinstaaterei in Deutschland zu überwinden und heute solle es darum gehen, die Nationalstaaten zu überwinden. Mit dieser Idee arbeitet er als treibende Kraft in einer Gruppe mit, die für dieses Jubiläumsjahr 2023 eine globale Versammlung in der Paulskirche plane. „Was daraus entsteht …. wird man sehen!"

Karen Hinrichs: „Gewaltfrei leben lernen"



Karen Hinrichs meinte zwar zu Beginn ihres Beitrags, es sei schwierig für sie, über ihre eigene Biografie zu sprechen, fast so als sollte sie ihren eigenen Nachruf schreiben. Doch dann holte sie uns einfach hinein in ihre Familiengeschichte und ließ uns teilhaben an ihrer Entwicklung.

Geboren wurde sie 1959 in Heidelberg und gehört damit zur Generation der Kriegsenkel. Ihre Großeltern waren Jugendliche im 1. Weltkrieg und ihre Eltern im 2. Weltkrieg. Sie hat lange gebraucht, um zu verstehen, welche lebenslang wirkenden Traumata sich daraus ergeben hatten. Ihre Mutter berichtete ihr, wie sie drei Brüder im Krieg verloren hatte. Auch der Vater, dessen Familie in Hamburg in der SPD und in der Gewerkschaftsbewegung engagiert war, erzählte ihr von seinem Einsatz 1943 als Jugendlicher bei der Flak (Fliegerabwehr), bei dem er wegen seiner Haltung vielfach beschimpft worden war, das aber fast als Ehre empfand. Karen wurde also mit einer deutlich antimilitaristischen Haltung ihrer Eltern erzogen. Als Kind hatte sie auch erfahren, dass ihr Urgroßvater, ehemaliger Gewerkschaftsfunktionär und bereits im Ruhestand, nach dem Attentat auf Hitler vom 20. Juli 1944 inhaftiert und im KZ ermordet worden war. Es war für die gesamte Familie sehr bewegend, als ihr Vater als Zeitzeuge bei der Verlegung eines „Stolpersteins" für seinen Großvater eingeladen war.

Ihren eigenen Bezug zur Kirche konnte sich Karen nicht so recht erklären und ihre Eltern wunderten sich über ihr religiöses Interesse. Angefangen hatte es wohl mit dem Kindergottesdienst, den sie mit der Einschulung gerne besuchte. Später brachte sie sich in einen Hauskreis ein. Im Gymnasium habe sie von der damals unruhigen Jugend nicht viel mitbekommen - Stichwort: lange Haare und Hasch. In ihrer Klasse wurde jedoch, vor allem von den Jungs, lebhaft darüber diskutiert, ob man zum Bund geht oder Zivildienst macht. In ihrer lebhaften Art erinnerte sich Karen, dass sie seit 1977 auf ihrem Schulranzen einen Aufkleber der damals neu entstandenen Bewegung *Ohne Rüstung Leben (ORL)* trug. Noch heute ist ihr das ein fast nostalgisches Accessoire. Die Selbstverpflichtungserklärung von ORL hat sie mit 18 Jahren sehr bewusst unterschrieben und zwar beide Teile: Die militärkritische Erklärung „ohne den Schutz militärischer Rüstung zu leben" und „Frieden ohne Waffen politisch zu entwickeln". Heute denkt sie, dass dies aus ihrer religiösen Überzeugung als Christin mit Jesus als Vorbild, und aus der antimilitaristischen Tradition ihrer Familie, erwachsen sei.

Ihren beruflichen Werdegang schilderte Karen uns als „etwas verwinkelt". Beide Eltern waren Physiker. Auf diesem Hintergrund entstanden ihre ersten beruflichen Ideen, Astronautin werden zu wollen, schließlich Kinderkrankenschwester oder Ärztin zu werden. Doch im Krankenhaus belasteten sie Erlebnisse mit schwer kranken Kindern. Leichter fiel es ihr, sich in der Nachhilfe im Krankenhaus zu engagieren und so entdeckte sie den Spaß am Unterrichten. Sie begann ein Studium der Pädagogik in Freiburg und wechselte dann später nach Heidelberg, wo sie das Studium abschloss.

Während der Studentinnenzeit schloss sie sich der Evangelischen Studierendengemeinde an, wo der Dreiklang von Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung diskutiert wurde. Anhand eines ersten Original-Faltblatts der von ihr mitgegründeten ORL-Gruppe Heidelberg ließ sie diese Zeit lebendig werden. Sie entdeckte damals für sich den Zusammenhang von Spiritualität und Protest. Insbesondere Dorothee Sölle spielte für sie eine große Rolle. Karen beteiligte sich an Aktionen gegen die Aufrüstung, nahm an den großen Friedensdemonstrationen teil und war auch in Großengstingen und später in Mutlangen bei Blockadeaktionen vor Atomwaffendepots mit dabei. Als Trainerin für gewaltfreie Aktion unterstützte sie andere Gruppen bei deren Vorbereitungen auf Protestaktionen. Karen berichtete, dass sie in der Friedensbewegung viele wunderbare Menschen kennen gelernt hat, unter anderem auch ihren Ehemann. Geheiratet haben sie 1985. Gemeinsam mit anderen waren sie an der Gründung der *Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden* beteiligt, weil ihnen klar wurde, dass man „gewaltfrei leben" nicht von Natur aus könne, sondern dass man das lebenslang lernen und weiterentwickeln müsse.

Das gelte gerade auch für schwierige Phasen im Engagement.



In einer Collage zu Krieg, Desertion, Verweigerung und Asyl wechselten Talib Richard Vogl und Rudi Friedrich ab zwischen Texten von Verweigerern und Verweigerinnen und Szenen, Gedichten und Liedern. In dem Programm „Run Soldier Run" standen vier Personen für viele andere: Sie widersetzen sich dem Gehorsam, dem Militär, dem Krieg. Die dargebotenen Geschichten machten deutlich, was es bedeutet, Nein zu sagen. In Ländern wie Türkei, Ukraine, USA oder auch Eritrea werden Armee, Militärdienst oder Wehrpflicht als etwas scheinbar Selbstverständliches hingenommen. Doch Friedrich und Vogl machten Brüche und Risse in diesem Bild sichtbar, denn jeden Tag geschehen Kriegsdienstverweigerung und Desertion. Mit ihrem neuen Programm „begeisterten sie das Publikum und lösten nicht enden wollenden Applaus aus", so ein Teilnehmer der Tagung „We shall overcome!" in Gammertingen. Website von Connection e.V.: https://www.connection-ev.org



Karen berichtete offen, was ihr dabei geholfen habe, nämlich „die drei G": Gebet, Gespräch und Gehen in der Natur. Wobei ihr in der Rückschau bewusst geworden sei, wie sich ihre Art zu beten, zur Stille zu finden, im Laufe der Jahre immer wieder verändert hat, abhängig auch von ihrer jeweiligen familiären und beruflichen Situation.

Nach Abschluss ihres Studiums der Pädagogik überlegte sie, Theologie zu studieren. Dabei war es für sie zunächst eine eher befremdliche Vorstellung, als Pfarrerin tätig zu werden. Das klärte sich aber schnell mit einem Praktikum in einer Kirchengemeinde und sie begann ein zweites Studium. Kurz nach der letzten Abschlussklausur kam das erste Kind zur Welt. An Pfingsten 1991 wurde sie ordiniert und übernahm ihre erste Pfarrstelle, während ihr Mann, ebenfalls Pfarrer, Erziehungsurlaub nahm. Sobald es möglich war, bewarben sich beide auf die erste gemeinsame Pfarrstelle in Lahr, wo bald das zweite Kind geboren wurde. Mit ihrem Mann teilte sich Karen dann viele Jahre eine Pfarrstelle und die Aufgaben in der Familie.

In Lahr war sie die erste Pfarrerin auf der Kanzel, was für manche Gemeindemitglieder wohl schwer auszuhalten war. Karen äußerte sich erleichtert darüber, dass sich seitdem einiges bewegt habe und Frauen als Pfarrerinnen heute selbstverständlich seien.

Während der gemeinsamen Zeit als Pfarrerin und Pfarrer waren Karen und ihr Mann in der Friedensbewegung mal mehr, mal weniger aktiv, hatten jedoch in ihren Gemeinden etliche Möglichkeiten, Friedensarbeit zu leisten. So berichtete Karen davon, welche Herausforderung es für sie darstellte, 1.300 Menschen aus der früheren Sowjetunion, die in den ehemaligen Kasernengebäuden der kanadischen Luftwaffe untergebracht waren, in ihre Gemeinde zu integrieren. Dabei wurde für sie der Begriff „versöhnte Verschiedenheit" als Leitgedanke besonders wichtig.

Im Jahr 2004 wurde Karen in das Amt einer Oberkirchenrätin gewählt. Sie war damit die erste theologische Oberkirchenrätin der Evangelischen Landeskirche in Baden. In der Erfüllung dieser Aufgabe war ihr der Dreiklang von Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung besonders

wichtig. In der Rückschau, so vermittelte Karen uns, hat sie wohl doch einige positive Veränderungen mit anstoßen und unterstützen können. Ausführlich schilderte sie den „friedensethischen Konsultationsprozess“ in der Landeskirche. Auf Anregung einer kirchlichen Basisgruppe hatten sich alle Bezirkssynoden der Landeskirche mit dem Thema Friedensethik und den Auslandseinsätzen der Bundeswehr befasst. Als Ergebnis des Prozesses entstand ein Papier mit unerwartet deutlich pazifistischen Positionen und dem wegweisenden Beschluss, von den Friedenskirchen lernen zu wollen. Man wollte sich auf den Weg zu einer Kirche des gerechten Friedens machen. Aus Sicht von manchen Aktiven bei ORL kam dies einem „Wunder“ gleich. Denn mit dem Papier wurden auch konkrete Umsetzungsschritte beschlossen, u.a. die Einrichtung eines Friedenspädagogischen Instituts „in Süddeutschland“. Große Wirkung hatte auch der Beschluss, ein Szenario zur Sicherheitspolitik zu entwickeln, wie denn bei einem Ausstieg Deutschlands aus der militärischen Verteidigungslogik Sicherheit geschaffen werden könnte. Als Antwort darauf legte einige Zeit später eine Arbeitsgruppe ein umfassendes Papier vor mit dem Titel „Sicherheit neu denken: Von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik“. Karen bezeichnete dieses Papier als einen wichtigen Ansatz, um den friedenspolitischen Diskussionsprozess nicht nur innerhalb der Kirchen weiterzuentwickeln.

Mit erkennbarer Zufriedenheit konnte Karen dann berichten, dass aufgrund des o.g. Beschlusses tatsächlich Anfang 2020 an der Evangelischen Hochschule in Freiburg das „Friedensinstitut Freiburg“ gegründet wurde. Sie selbst wurde zu dessen geschäftsführender Direktorin ernannt. Das Friedensinstitut soll interdisziplinär und praxisnah Forschung, Lehre und Weiterbildung in den Bereichen Friedenspädagogik und Friedensarbeit fördern. Karen selbst unterrichtet in verschiedenen Studiengängen. Auf Nachfrage erklärte sie, dass neben ihrer Stelle, für die eine Oberkirchenratsstelle umgewidmet wurde, noch eine halbe Stelle für einen wissenschaftlichen Mitarbeiter auf 10 Jahre sicher finanziert sei. Zu ihrem Leidwesen konnten wegen Corona die Vorlesungen und Seminare bislang nur online stattfinden. Insofern freut sich Karen sehr darauf, dass nun im Wintersemester endlich wieder der Präsenzbetrieb an der Hochschule starten kann. Karen konnte auch mitteilen, dass zum Sommersemester 2022 der erste Masterstudiengang „Friedenspädagogik/Peace Education“ starten könne, bundesweit bisher der erste friedenspädagogische Master-Studiengang.



Axel Pfaff-Schneider erfüllte die schwierige Aufgabe, während der Vorträge schon schriftliche Notizen zu erstellen. Er berichtet hier ausführlich über die Vorträge.

Für Karen fühlt es sich damit an, als habe sich ein Kreis geschlossen. Am Anfang stand ihre Idee, Lehrerin zu werden, dann das Studium der Pädagogik in Freiburg, und dann all das, was sie in vielen Berufsjahren und im ehrenamtlichen Engagement in der Friedensarbeit erfahren und gelernt hat. Und das dürfe sie jetzt an die Studierenden der Sozialen Arbeit und an künftige Pädagog:innen und Gemeindediakon:innen weitergeben. Sie schätze sich glücklich, dass sie heute die Friedenspädagogik für das 21. Jahrhundert mit entwickeln könne und hoffe, auf wichtige Fragen Antworten zu finden, zum Beispiel, wie die Kirchen dazu beitragen könnten, eine Kultur der Gewaltfreiheit zu fördern.

Zum Abschluss war ihr noch wichtig, eine wesentliche Erfahrung zu teilen: „Manches muss man einfach tun und nicht warten, bis alle mitmachen!“



Eine Wanderung am Sonntag rund um Meidelstetten auf der Schwäbischen Alb bei herrlichem Herbstwetter bildete einen schönen Ausklang des diesjährigen Tagungswochenendes. Gegen Ende der Runde sind wir am ehemaligen Atomwaffendepot vorbeigekommen (offiziell als „Sondermunitionslager Golf“ bezeichnet), wo während des Kalten Kriegs in zwei Bunkern Atomsprengköpfe für ihren Einsatz bereit gehalten wurden. Ab Ostern 1981 fanden für rund ein Jahrzehnt gewaltfreie Protestaktionen gegen diese bei Großengstingen stationierten Atomwaffen statt.

Impressum

Rundbrief des Lebenshaus Schwäbische Alb e.V.

Der Rundbrief erscheint vierteljährlich. Namentlich gekennzeichnete Beiträge entsprechen nicht unbedingt der Meinung der Redaktion.

Herausgeber

Lebenshaus Schwäbische Alb e.V.
Bubenhofenstr. 3
72501 Gammertingen
Tel.: 07574 / 2862
Fax: 07574 / 91110
www.lebenshaus-alb.de
info@lebenshaus-alb.de

Redaktion

V.i.S.d.P.:
Michael Schmid (ms),
Bubenhofenstr. 3,
72501 Gammertingen

Katrin Warnatzsch (kw)

Druck & Versand:
Knotenpunkt GmbH
Auflage: 700 Exemplare

Spendenkonto

GLS Bank eG
IBAN:
DE36 4306 0967 8023 3348 00
BIC: GENODEM1GLS

Laut Bescheid des Finanzamtes Sigmaringen ist der Verein Lebenshaus Schwäbische Alb als gemeinnützig anerkannt. Für Mitgliedsbeiträge und Spenden ab 25 € werden steuerlich wirksame Bescheinigungen zu Beginn des folgenden Jahres automatisch zugestellt, für niedrigere Beiträge auf Anforderung.

LAYOUT & GESTALTUNG

ffuenf
code • design • e-commerce

Bildnachweise:

- Archiv graswurzelrevolution, 2
- Ökumenische FriedensDekade, 4
- Lebenshaus, alle weiteren

„Rundheraus: das alte Jahr war keine ausgesprochene Postkartenschönheit, beileibe nicht. Und das neue? Wir wollen's abwarten. Wollen wir's abwarten? Nein. Wir wollen es nicht abwarten! Wir wollen nicht auf gut Glück und auf gut Wetter warten, nicht auf den Zufall und den Himmel harren, nicht auf die politische Konstellation und die historische Entwicklung hoffen, nicht auf die Weisheit der Regierungen, die Intelligenz der Parteivorstände und die Unfehlbarkeit aller übrigen Büros. Wenn Millionen Menschen nicht nur neben-, sondern miteinander leben wollen, kommt es auf das Verhalten der Millionen, kommt es auf jeden und jede an, nicht auf die Instanzen.

Wenn Unrecht geschieht, wenn Not herrscht, wenn Dummheit waltet, wenn Hass gesät wird, wenn Muckertum sich breit macht, wenn Hilfe verweigert wird – stets ist jeder Einzelne zur Abhilfe mit aufgerufen, nicht nur die jeweils „zuständige" Stelle. Jeder ist mitverantwortlich für das, was geschieht, und für das, was unterbleibt. Und jeder von uns und euch muss es spüren, wann die Mitverantwortung neben ihn tritt und schweigend wartet. Wartet, dass er handele, helfe, spreche, sich weigere oder empöre, je nachdem."

Erich Kästner